

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:
Vierteljahr 3,00 M. mit Fringerlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Zeile 30 Pf.
Die Zeile 100 Pf.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Attenhausen, Hömberg, Elfenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 21

Druck und Verlag:
Buchdr. Feinr. Müller, Nassau (Sohn).

Dienstag, 24. Februar 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Sohn)

43. Jahrg.

Deutschland und Rußland.

Besprechungen in Berlin.

Mit Rücksicht auf die trostlose Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland und die ungelöste Frage der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland entschloß sich die deutsche Regierung, in Besprechungen mit dem hier zu delegierten Bevollmächtigten der Sowjetregierung, Herrn E. B. Fapp, einzutreten.

Nach einer weiteren Meldung aus Berlin verfolgen die Verhandlungen über die Kriegsgefangenenfrage, zu denen der russische Sowjetvertreter bereits in Berlin eingetroffen sein soll, den doppelten Zweck, einerseits die großen Massen russischer Kriegsgefangener in ihre Heimat abtransportieren, andererseits die 30 000 deutschen Kriegsgefangenen in Rußland, die sich nach der Niederlage Schlachtfelds in den Händen der Sowjets befinden und sich auf Nischni-Novgorod in Warisch gelagert haben, nach Deutschland zurückzuführen. Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen schneller zum Ziele führen werden, als die indirekten Verhandlungen, die auf dem Umweg über die Entente und das Rote Kreuz früher mit Sowjet-Rußland geführt wurden. Es ist zweifellos, daß die Wiederaufnahme direkter Besprechungen zwischen Berlin und Moskau nicht geringere Aufsehen erregen wird, als es die englisch-russischen Verhandlungen taten, die nunmehr zu einem Abschluß gekommen sein sollen. Der Wichtigkeit der Frage entsprechend, hat sich selbstverständlich auch das Reichskabinett mit dem deutsch-russischen Kriegsgefangenenanfrage und dem damit in Verbindung stehenden Fragekomplex beschäftigt.

Die deutsche Regierung folgt mit der Aufnahme dieser Verhandlungen dem englischen Vorgehen, das zu einem Abkommen über die gegenseitig gemachten Gefangenen geführt hat, während sie, wie kürzlich gemeldet, eine Beteiligung an den von deutschen Wirtschaftskreisen angestrebten Wirtschaftsverhandlungen zunächst abgelehnt hat. Die Verhandlungen über die Gefangenenfrage dürften insofern gewissen Schwierigkeiten begegnen, als ihr Ergebnis an die Zustimmung der alliierten und assoziierten Mächte gebunden ist, die sich das Verfügungsrecht über die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland und über die Befreiung des künftigen Verhältnisses bei der Entente vorbehalten haben. Mit dem Eintritt in diese Besprechungen wird ein Teil des schwierigen Fragekomplexes des künftigen Verhältnisses Deutschlands zu seinem östlichen Nachbarn vorweggenommen. Die Beteiligung aller hier offen stehenden Fragen — es mag daran erinnert werden, daß beide Staaten formell noch im Kriegszustand stehen, nachdem die Versailler Konferenz den Frieden von Brest-Litowsk annulliert hat — ist ein Gebot der Notwendigkeit, das sich die außenpolitische Führung des Reiches um so mehr angelegen sein lassen sollte, je schwieriger sich die eigene Wirtschaftslage gestaltet. Nachdem auf politischem Gebiet die Fühlung mit Rußland durch die jetzt eintreffenden Verhandlungen über die Gefangenenfrage gewonnen ist, sollten auch wirtschaftliche Fragen sobald als irgend möglich von der Regierung an Moskau angeknüpft werden.

Die Notenbedeckung der Reichsbank.

Von der Gründung bis heute.

Man schreibt uns: Die Reichsbank wurde bekanntlich gegründet, als sich während des Krisenjahres 73 der Mangel eines einheitlichen, das ganze Reich umschließenden Kredit-Instituts geltend machte. Viele recht solide Firmen waren damals zugrunde gegangen, weil sie sich von den einzelstaatlichen, nur mit geringen Mitteln ausgestatteten Banken nicht genügend Vorräte gegen Wechsel beschaffen konnten. Die neu gegründete Reichsbank erhielt von vornherein das Privileg gegen Wechsel oder Lombard ungedeckte Noten, d. h. nicht durch Bargeld gedeckte Noten herauszugeben. Von diesem Recht hat jedoch die Reichsbank in der Zeit vor dem Kriege nur in sehr vorläufiger Weise Gebrauch gemacht. Die Mindestvorschrift des Bankgesetzes, nach der mindestens ein Drittel des Notenumlaufes in Metall, zwei Drittel in Wechseln gedeckt sein mußte, kam vor dem Kriege in voller Ausnützung nie zur Anwendung. Die Verdeckung bewegte sich zwischen 70 und 95 Prozent, am ungünstigsten war sie im Zeitraum von 1906—10 mit kaum 70 Prozent, am günstigsten in der Zeit des allgemeinen europäischen Geldüberflusses 91 bis 95. Jedenfalls war die Verdeckung günstiger als an der Bank von Frankreich, nur die Bank von England hatte einen überwiegend vollgedeckten Notenumlauf. Wichtig ist, daß in der Zeit von der Gründung der Reichsbank bis zum Kriege der Notenumlauf erheblich stärker zugenommen hat als die Bevölkerung, was den anwachsenden Wohlstand beweist. Die Bevölkerung nahm in dem genannten Zeitraum um ein Drittel zu, der Notenumlauf ist in der gleichen Zeit um das zweieinhalbfache, der Wechselumlauf um das dreieinhalbfache und der Bestand an fremden Geldern um das Dreieinhalbfache gestiegen. Im Jahre 80 betrug der durchschnittliche Notenumlauf noch 681 Millionen, 91 hat er bereits die erste Milliarde überschritten, 1910 machte er über 1500 Millionen, am Schluß des ersten Kriegsjahres betrug er über 5 Milliarden, Ende 1915 betrug er 7, Ende 1916 über 8, Ende 1917 11, Ende 1918 22,1 und Ende 1919 35,7 Milliarden. Dieser Entwicklung des Notenumlaufes stand zu den verschiedenen Zeiten folgender Metallvorrat gegenüber: 1890 678 Millionen, 1891 938 Millionen — Zeit der günstigsten Metalldeckung — 1910 1038 Millionen, Ende 1914 1716 Millionen, Ende 1915 2404 Millionen, Ende 1916 250 Millionen — höchste Metalldeckung, der von jetzt ab hauptsächlich durch Zahlungen aus Ausland zur Hebung der Valuta, nach dem Waffensstillstand durch Goldlieferungen an die Entente wieder stark abnimmt — Ende 1917 2405 Millionen, 1918 2362 Millionen, 1919 1110 Millionen. Darnach betrug die Metalldeckung Ende 1914 noch etwas über 33 Prozent, 1915 das gleiche, 1916 25 Prozent, 1917 23 Prozent, 1918 10 Prozent und 1919 nicht einmal mehr 3 Prozent. Wenn also heute die deutsche Valuta im Ausland nur noch etwa ein Zehntel des Friedenswertes besitzt, so stimmt das ziemlich genau mit dem prozentualen Minderungsverhältnis zur Metalldeckung überein. Die Notenproduktion hat in der unruhigeren Stärke wie wir sie heute

erleben, erst mit der Revolution eingesetzt. Bis zum Revolutionstage betrug sie 17 Millionen, von da ab bis zum Ende 1918 sind nicht weniger als über 5 Milliarden innerhalb acht Wochen gedruckt worden. Im Jahre 1919 wurde die Notenproduktion noch erheblich gesteigert, sie betrug 13,6 Milliarden oder mehr als 1,1 Mrd. im Monat. Das die Prägung von Goldmünzen anlangt, so sind vor dem Kriege jährlich etwa 120 bis 130 Millionen verausgabt worden, 1914 nur noch 82 Millionen, 15 noch 15 Millionen und 17 gar nur noch 50 000 M. Seit Bestehen der Reichsbank wurden insgesamt 4,5 Milliarden Gold geprägt. Davon wurden wieder eingezogen insgesamt 178 Millionen, 2000 Millionen war der höchste Goldbestand an der Reichsbank, der je erreicht wurde. Demnach müssen noch 1,7 Milliarden Gold vorhanden sein, die teils vor dem Kriege schon im Auslande waren, teils noch in den Händen des deutschen Volkes sind. Doch noch sehr viel Gold im deutschen Volke festsitzt, beweist ja sehr wieder der schwunghafte Handel, der mit Metallgeld getrieben wird.

Handel und Verkehr.

Der deutsche Verkehr der Zukunft.

Der bekannte Vorkämpfer der Verkehrsvereinfachung Wirtl. Geh. Rat Dr. Hermann Kirchhoff veröffentlicht in der Zeitschrift des Bundes deutscher Verkehrsvereine einen Aufsatz in die Zukunft des deutschen Verkehrs. Aus den Ausführungen dieses hervorragenden Sachverständigen seien folgende Einzelheiten mitgeteilt: Den jetzigen verkommenen Personenverkehr darf man wohl als eine vorübergehende Erscheinung ansehen. Nach Überwindung der augenblicklichen Schwierigkeiten wird er doch allmählich wieder in normaler Bahnen eintreten, später sogar riesige Dimensionen annehmen. Er wird sich aber vorwiegend auf Massenverkehr auf einfacher, mehr ins Praktische gehender Grundlage vollziehen. Die durch hochgepannte Berufsgruppen in erhöhtem Maße erhellungsfähige Bevölkerung wird im Verein mit der die Eisenbahnen mehr denn je benutzenden Geschäftswelt später große Anforderungen an das Verkehrswesen stellen. Nur die Zukunftsreisen werden immer mehr abnehmen. Eine verhältnismäßig dünn geätete Oberschicht der leitenden Kreise wird die immer mehr sich verbreitende und ausdehnende wirkende Volksmasse gegenüberstellen. Letztere wird so sehr alles beherrschen, daß auch die Oberschicht in ihrer ganzen Lebenshaltung dem Rechnung tragen muß. Die Wirkung für das künftige Verkehrswesen wird daher die sein, daß alles aller Art, insbesondere Transport, verpönt und nur noch Raum für maßvollen Komfort, für Sonderanordnungen, namentlich zugunsten von Kranken und Schonungsbedürftigen, sein wird. Es wird später nur zwei Wagenklassen geben: eine Volks- und eine Holzklasse, geben. Für die Fernzüge läßt sich sogar denken, daß es immer nur eine Klasse gibt: D-Züge mit hochari über Volksklasse und D-Züge mit niedrig tarifierten Holzklasse, letztere auch mit Speise- und Schlafwagen, aber höchst einfach und primitiv.

Im trauten Elternhaus.

Roman von E. v. Winterfeld-Warnow.

10

„Ich will schon, aber mit der Arie, sing meine Kränze an. Ich weiß, ich hab sie im Fieber gefangen. Seitdem kann ich sie nie wieder singen.“

„Das sind Andereien, Fräulein Wille“, sagte der Professor jetzt etwas milder. „Davon werden Sie sich frei machen. Nerven darf die Sängerin nicht haben. Fester, konzentrierter Wille, das ist alles. Ich werde Sie vorläufig nicht damit quälen; aber die Elisabeth gehört zu Ihrem Rollenstück. Es müßte denn doch mit dem Ausdruck gehen, wenn wir sie um dieser einen Stelle willen nicht sollten meistern können!“

Wille hatte bei dem Wort „Andereien“ den Kopf gehoben. Ihr Stolz meldete sich, ihre Tränen versiegten plötzlich. „Ja, er hatte recht: Nerven durfte man nicht haben und Feinwerk auch nicht.“

Der junge Herbold hatte sie nach Hause begleitet. Er war ein bildhübsches Kerlchen von 19 Jahren, schlank und zierlich, mit dunklen Augen und braunen, etwas lockigen Haaren. Sie konnten merkwürdig gerade und ehrlich blicken, diese braunen Augen. Aber seine Stimme konnte einen feinen Hauch von Ironie haben. Das hatte sie merkwürdig bemerkt, als er bei dem Professor zu einem Gespräch über die Polen gekommen war. Jemand wie war die Rede darauf geraten. Der Professor meinte: „Wenn sie uns nicht den Chopin beschert hätten, könnte mit der ganzen Nation gekloppt werden!“

Wille verteilte sie. Sie hatte stets viel Interesse für die Polen und ihre Kämpfe, aber tapferen Kämpfe um Vaterland und Freiheit gehabt. Es hatte ihren Sinn für Poesie angesprochen, wie dieses Volk in den Jahren von 1850 bis 1863 so tollkühn seine Freiheit zu brechen suchte. Die herrlichen Bilder und Zeichnungen des jungen polnischen Malers „Eutiger“, „Viktoria und Polonia“ kannte sie. Sie hatten großen Eindruck auf sie gemacht. Das sagte sie jetzt voll Überzeugung.

Der Professor meinte: „Ich was, Fräulein Brachmann, was soll nicht umsonst: polnische Wirtschaft! Dreckig, mit Verlaub, so sagen, sind sie alle, und wenn sie noch so schön sind.“

„Da hatte der junge Herbold mit einem ganz eigenen Lächeln gesagt: „Verzeihen Sie, Herr Professor, wenn ich, ehe Sie weiterreden, bemerke, daß meine Mutter eine Polin aus altem, vornehmen Geschlecht ist, und daß ich einen jedenfalls ganz deutlichen Einschlag polnischen Blutes in mir trage.“

Der Professor, den sonst nicht leicht etwas in Verlegenheit zu setzen vermochte, war wirklich verlegen geworden und mit einem kurzen Lachen zur Tagesordnung übergegangen. Wille aber fühlte, daß seit jenem Tage Herbold sie mit einer Art stiller Verehrung behandelte, die sie seltsam rührte.

Sie kam sich ihm gegenüber so alt vor; sie war ja auch um so viele Jahre älter, daß sie fast mütterliche Gefühle für ihn empfand. Aber gerade deshalb war er ihr lieb.

Sie erlaubte ihm sogar, sie zu besuchen. Der Professor hatte gesagt, er könne so sehr schön phantasieren; das würde sie interessieren. Dazu gehörte immerhin ein nicht gewöhnliches Musiktalent.

Als Herbold nun so still und doch voll Verständnis neben ihr hergeschritten war, da fühlte sie: das war wenigstens eine Seele in dem großen Berlin, die sie begriff.

Noch eine andere Persönlichkeit aus dem Schülerkreise von Professor Hansen war ihr etwas näher bekannt geworden.

Eigentlich nur ein Persiflage! So klein und zierlich war die verwöhnte, reiche Wirtshausbesitzerin aus Berlin W. Angela Wirtshaus, und doch eine sehr sichere, selbstbewußte junge Dame.

Eigentlich gab sich Professor Hansen nicht mit dem Unterricht von Dilettanten ab. Er wollte Künstler ausbilden; aber wenn das Stimmmaterial ihn lockte, ließ er sich doch manchmal überreden, eine Schülerin anzunehmen, die das Musikstudium nur aus Liebhaberei betrieb.

„Aus Liebhaberei, mein bester Herr Kommerzienrat“, hatte er gesagt, als Kommerzienrat Wirtshaus dem Professor seine Tochter brachte, „aus Liebhaberei, verstehen Sie? Nicht als Spielerei; die dulde ich nicht, nie! Ich verlange Ernst und Arbeit und Fleiß. Will Ihre Tochter das leisten auf

sonst, danke! Uebrigens ist sie mir auch noch ein bißchen jung. Wie alt?“ fragte er inquisitorisch.

„Neunzehn Jahre.“

„Wirklich? Dachte ich nicht. Na, dann geht's. Vor acht zehn unterrichte ich überhaupt keine, da ist die Stimme noch nicht gefestigt genug. Na, dann singen Sie mal!“

Und die Kleine hatte gesungen.

Das war eine ganz andere Stimme, als Wilkes großes Heroinnenorgan. Das war wie Vogelgesang, das trillerte wie die Vögel im Himmelsblau, das hing mühelos zu den höchsten Höhen und blieb immer klar und hell wie ein Glöckchen.

Nun sagte der Professor nicht mehr nein. Das lohnte sich schon.

Er ließ jetzt auch manchmal „Figaro“ und „Don Juan“ Terzette hören. Angela mußte mit Wille das „Freischütz“ Duett zwischen Agathe und Neunchen singen. Aber es war, als ob es Wille mitlos machte, wenn sie fühlte, wie kinderleicht der Kleinen da neben ihr diese Notenschriften und Treppen wurden, wie sie kaum zu überbrücken an Dingen, die sie selber ihrem großen, aber spröden Material nur mühsam abrang.

Und zur Freundin, zur Gefährtin schien ihr das so viel jünger, lebenslustiger Mädchen auch nicht recht geeignet. Sie fand Angela burschikos und leichtfertig. Aber sie war eigentlich nicht anders als andere moderne Mädchen in dem modernen Berlin. Sie sagte ihre Meinung ohne Umschweife, sie wurde nicht gleich rot, wenn ein zweideutiges Wort fiel, was bei dem manchmal etwas berben Professor Hansen wohl vorkommen konnte. Sie meinte auch nicht, wenn der Professor grob wurde. Dann lachte sie, machte eine dreiste Bemerkung, daß auch er lachen mußte, und die Sache war, wie sie es nannte, „ausgestanden“.

Oft hatte Wille Lust zu fragen: „Wer ist nun die künftige Wirtshausbesitzerin — sie oder ich? Die viel Ruhigere, Empfindlichere, ja, in gewisser Beziehung Jüngerlichere war sie ohne Zweifel. Sie war eben die Kleinstädterin, die in dem Bewußtsein groß geworden war: Du darfst dies und das nicht tun, nicht sagen, weil sich ganz Seefeld darüber aufregen würde.“

Alle Voraussicht nach wird in dem neuen Industriegebiet ein großer Aufschwung und Wiederaufbau zu erwarten sein. — auch bei der Arbeiterklasse hervortreten. Bei ihr wird aller Voraussicht nach eine große Gelblichkeit und Zerschlagung, wie wir sie jetzt schon wahrnehmen, auch im Reiseverkehr herrschen.

Es wäre kurzfristig, dieser Entwicklung der Dinge nicht nur ins Auge zu schauen: Deutschland ist nicht dem Untergang geweiht. Es wird sich wieder emporarbeiten, aber anders, wie es sich die meisten denken. Das erste, was jetzt zu geschehen hat, ist die Sanierung des Verkehrslebens. Diese wird und muß in Gestalt der Reichsbahn gelingen. An dem neugeordneten Verkehrsleben wird das gesamte Wirtschaftsleben allmählich genesen. Ist dies aber eifernem Fleiß gelungen, dann hat Deutschland dank seinem Organisationstalent und seinen im Volke noch vorhandenen — wenn auch jetzt noch schlummernden — etlichen Kräften alle Anwartschaft darauf, wieder ein blühendes Wirtschaftsleben zu werden.

Mehrarbeit in Bergbau.

Wie bekannt, fanden kürzlich in Essen Besprechungen zwischen den Gewerkschaften und den Organisationen der Bergarbeiter über die Steigerung der Kohlenförderung statt. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde folgendes Abkommen getroffen: Es sollen wöchentlich zwei halbe Uberschichten verfahren werden. Als Entgelt hierfür erhält der Untertagearbeiter 100 Proz. der Ubertagearbeiter 50 Proz. Zuschlag zu den bestehenden Löhnen. Außerdem wird den Bergarbeitern die Uberschichten leisten, eine Zulage an Lebensmitteln gewährt. Sie erhalten pro Mann und Monat 12 Kilogramm Brot und 4 Kilogramm Fett, und zwar zu den Preisen der rationierten Lebensmittel. Das Abkommen tritt am 23. Februar in Kraft und gilt vorläufig drei Wochen bis zum 15. März. In etwa 14 Tagen sollen neue Verhandlungen über die Verlängerung des Abkommens einsetzen. Diese Bereitschaft, die Kohlenproduktion durch Leistung von Uberschichten zu steigern, sichert den Bergarbeitern den Dank des ganzen Volkes. Ein Teil der mehrgeforderten Kohlen wird zur Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag benutzt. Die übrige Menge wird sowohl der Industrie wie der Landwirtschaft zugute kommen.

In Frankreich hat sich die Erkenntnis, daß nur vermehrte Arbeit aus den Räten der Zeit herausführen kann, die sich jetzt in Deutschland langsam in Taten umsetzen, schon in kürzester Frist Bahn gebrochen. Der Pariser Vertreter der „Neuen Zürcher Zeitung“ meldet, daß in Frankreich die Einsicht fast allgemein zum Durchbruch gekommen sei, daß nur durch vermehrte Anstrengung die heutige schwere wirtschaftliche Not Frankreich überwinden werden kann. Eine große Anzahl von Industriellen sei schon zum Neueinhalten und den Tag zur Aufgabe bereit, und zwar mit vollem Einverständnis ihrer Arbeiter. Trotz der Hitze, die von linkspartheilicher Seite bereits gegen die Regierung als „Schrittmacher des Kapitalismus“ eingesetzt hat, weil sie daran gegangen ist, die Arbeitsverhältnisse im Bergbau in zwölf Stunden den dringenden Notwendigkeiten der Volkswirtschaft anzugleichen, wird ein Fortschreiten auf diesem Wege auch in Deutschland unerlässlich sein. Die besonnenen Teile der Arbeiterschaft haben sich dieser Erkenntnis nicht verschlossen. Ihnen wird ein großer Teil an der Ausfüllung der noch von linksradikaler Seite gegen ihre eigenen Interessen aufgepeitschten Gruppen zu fallen müssen.

Das deutsche Heer.

Sinausschiebung der Abrüstungsfrist.

Der Präsident des Obersten Rates, Lord George, überlieferte dem deutschen Gesandten in London, Sir H. M. nachfolgende Note:

„Ich habe die Ehre, Ihnen zur Kenntnisnahme an die deutsche Regierung mitzuteilen, daß die Kontrollkommission in Berlin die Aufmerksamkeit des Obersten Rates der alliierten Mächte auf die schwierige Lage gelenkt hat, in die die deutsche Regierung gelangen würde, wenn die alliierten Mächte auf der strikten Erfüllung des Artikels 160 des Versailler Vertrages bestanden, nachdem die gesamte Effektivstärke der Truppen in den deutschen Bundesstaaten bis spätestens 31. März 1920 die Zahl von 100 000 Mann, die Offiziere und die Depottruppen eingerechnet, nicht überschreiten darf. Da dieser Artikel in der Annahme entworfen wurde, daß der Versailler Vertrag in einem viel früheren Datum ratifiziert werden würde, hat sich der Oberste Rat dahin entschlossen zu gestatten, daß die deutschen Streitkräfte bis zum 10. April 1920 d. h. drei Monate nach dem Inkrafttreten des Vertrages, in Gemäßheit des Artikels 163 auf 200 000 Mann und bis zum 10. Juli 1920 auf 100 000 Mann herabgesetzt werden.“

Ich habe die Ehre, Sie zu ersuchen, diese Entscheidung der deutschen Regierung zu übermitteln.“

Die Nachricht hat in Berlin lebhaften Befriedigung hervorgerufen. Es muß hier festgestellt werden, daß dieser Beschluß der Entente lediglich der sehr objektiven informativen Tätigkeit der in Berlin weilenden englischen und amerikanischen Journalisten zuzuschreiben ist, die in ihren Berichten stets darauf hingewiesen haben, daß es dringend notwendig ist, von einer Schwächung des deutschen Heeres abzusehen, wenn Ruhe und Ordnung in Deutschland aufrechterhalten werden sollen.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hatte man im Reichsministerium bereits alles vorbereitet, um den Wuchst des Friedensvertrages nach Möglichkeit nachzulassen. Immer und immer wieder ist die Entente darauf hingewiesen worden, daß die plötzliche Verminderung des Heeresbestandes wegen der ungeheuren technischen Schwierigkeiten in der gegebenen Frist unmöglich durchzuführen sei. Die jetzt gewährte längere Frist wird diese Schwierigkeiten mildern und kommt vor allem der leichteren Versorgung der zur Entlassung kommenden Heeresangehörigen zugute. Die Entente ist wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß der durch den Friedensvertrag festgesetzte Bestand des deutschen Heeres nicht ausreichen wird, die öffentliche Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten. Den mit guten Gründen belegten Vorstellungen hatte die Entente bisher ihr Ohr

verschlossen. Das jetzige Entgegenkommen darf keinesfalls die Hoffnung erregen, daß die Entente den Friedensvertrag prinzipiell nach dieser Richtung hin revidieren will. Es stellt lediglich eine Modifikation der Ausführungsbestimmungen dar. Auch an anderen amtlichen Stellen gäbe man, daß es nicht angebracht wäre, aus dieser neuen Note irgendwelche weiteren Schlüsse zu ziehen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Mannheim, 19. Febr. Die Pfalzzentrale meldet: Am 17. Februar wurde der Ingenieur der Biblischen Anilin- und Sodafabrik v. Imhoff wegen angeblicher Kriegsverbrechen von französischen Gendarmen verhaftet. Er wird jedenfalls, ebenso wie der Schuhmann Burger aus Ogersheim, der am 11. Februar aus dem nämlichen Grunde von den Franzosen verhaftet wurde, nach Lille abtransportiert. Aus dem gleichen Grunde sind vorher schon verhaftet worden: Der Fabrikant Bögel in Speyer, der Hilfsbuchmann Karl Schneider aus Neuhofen, der Hüttenarbeiter Welsch aus Wesslingen, der Grubenarbeiter Braus aus Nevelsheim und der Kaufmann Wilhelm Bender.

Ludwigshafen, 19. Febr. Eine Bekanntmachung der Bürgermeisterei in den pfälzischen und in den Saarstädten besagt, daß die in den Garnisonstädten untergebrachten französischen Truppen künftig militärische Übungen größeren Stils vornehmen werden. Auf den Schießplätzen bei Saarbrücken und St. Ingbert hat die französische Militärbehörde zum ersten Mal für diese Woche große Schießübungen anberaumt.

Ludwigshafen, 19. Febr. Die französischen Besatzungstruppen in der Rheinpfalz und im Rheinland werden im Laufe des Sommers erheblich vermindert. In mehreren hundert kleinen Ortschaften wird die französische Besatzung entweder ganz aufgehoben oder auf das geringste Maß herabgesetzt werden. Es werden nur kleinere Wachkommandos zurückbleiben. Die Verringerung der französischen Besatzungsgarnisonen ist notwendig geworden, weil die Franzosen sich neuerdings verpflichtet haben, eine Anzahl von kleinen Städten und Gebieten, die bisher von Engländern und Amerikanern besetzt waren, mit ihren eigenen Truppen neu zu besetzen.

Basel, 19. Febr. Wie die „Basler Nachrichten“ melden, hat der französische Ministerpräsident Millerand erneut bei der englischen Regierung versucht, die Zusage Englands zu erhalten, daß einer etwaigen Ausdehnung der französischen Besatzung nicht nur nichts in den Weg gelegt werde, sondern daß sie mindestens moralische Unterstützung der Alliierten habe, falls Deutschland künftig wichtige Bestimmungen des Friedensvertrages nicht erfüllen sollte.

Verbotene Ausfuhr.

Durch die Genehmigung der Reichsordnung vom 27. November 1919 über Sondergerichte gegen Schleichhandel und Preisverhinderung durch die Internationalisierte Rheinlandkommission ist auch die in Ausführung des Artikels 2, Paragraph 3 dieser Verordnung am gleichen Tage erlassene Bekanntmachung der Gegenstände, die als lebenswichtig im Sinne der vorerwähnten Bestimmungen für verbotene Ausfuhr anzusehen sind, für das besetzte Gebiet in Kraft getreten.

Hiernach bedarf es nunmehr auch für das besetzte Gebiet einer Ausfuhrgenehmigung für folgende als lebenswichtig bezeichneten Gegenstände:

1. Lebens- und Futtermittel aller Art, einschließlich Samenreizen;
2. Pferde, Rindvieh, Schweine, Schafe, Ziegen und Geflügel, auch soweit sie als Zucht- und Repräsentanten unter Nr. 1 fallen;
3. Tierische und pflanzliche Öle und Fette, soweit sie nicht unter Nr. 1 fallen;
4. Künstliche Düngemittel, insbesondere Stickstoffphosphor und salzhaltige Düngemittel;
5. Rohabfälle, insbesondere inländischer Erzeugung;
6. Fischereierzeugnisse, Fischereifahrzeuge und Betriebsmaschinen für Fischereifahrzeuge;
7. Häute, Felle, Leder jeder Art;
8. Schuhwerk aus Leder, Treibriemen und Treibriemenbahnen aus Leder;
9. Knochen, Leim, Leimleder, Gelatine;
10. Eisenerze, Manganerze, Ferromangan, Ferroalumin;
11. Eisen, Roheisen, Edlstahl, Formeisen, Altschrott, Eisen- und Stahlschrott, Gießereierzeugnisse;
12. Eisenbahnschienen, Feldbahnschienen, Straßenbahnschienen, Träger, Grob- und Feindleche, gewalzter und gezogener Draht, Stahl- und Walzwerkzeuge einschließlich Halbzeuge;
13. Lokomotiven und Eisenbahnwagen für normale Spurweite sowie deren Bestand- und Zubehörteile;
14. Steinbohle, Braunkohle, Krebsholz, Holz;
15. Rugholz, insbesondere Bauholz, Schneebholz, Grubenholz, Schwellen, Papierholz und Brennholz aller Art;

16. Trudpapier;
17. Kalk, Gips, Zement;
18. Soda, Natronsalz, Natriumsulfat;
19. Arzneimittel im Sinne der Bekanntmachung des Reichsanwalters vom 1. September 1915 (Reichsgesetzblatt S. 206).

Für Tagesgeschichte.

510 Millionen Mark Kaufpreis.

Nach einer Meldung der „Tägl. Rundschau“ aus München geht die bayerische Post um den Preis von 250 Millionen Mark und die württembergische Post um den Preis von 250 Millionen Mark auf das Reich über. In der Frage der finanziellen Entschädigung für die Eisenbahnen konnte bisher keine Einigung erzielt werden. Die Gliedstaaten bestehen auf Zahlung des Anlagenschulds in Goldmark, auf Übernahme der Staatsschuld und auf spätere Beteiligung am Gewinn.

Die Reichsbefolbungsreform.

Wie aus Berlin gemeldet wird, sollen die Entwürfe zur Reichsbefolbungsreform noch im Lauf dieser Woche an den Reichsrat kommen. Die Aufstellungsfrist sollen gegen den bisherigen Zustand wesentlich verkürzt werden.

Volksbund.

Nach ausführlicher Befürwortung durch den Minister des Innern van Karnebeek nahm die Zweite holländi-

sche Kammer mit 59 gegen 5 Stimmen den Bescheid an, den Zutritt Hollands zum Völkerbund an. Der Minister des Innern erklärte u. a., daß die Zulassung der Mittelmächte nur eine Frage der Zeit sei und daß der Zutritt ganz im Sinne des Völkerbundes liege. Der Minister erklärte auch, daß der Völkerbund bestehen könne, selbst ohne Amerika. Ferner wurde mit 58 gegen 4 Stimmen ein Antrag betreffend angenommen, worin einige Wünsche betr. den Völkerbund und die Zuversicht ausgedrückt wurde, daß die Auslegung der Vertragsbestimmungen betr. die Durchmarschlaubnis von fremden Truppen das Mitbestimmungsrecht Hollands geschützt werden wird.

Die Valutaverhandlungen.

Dem „Berl. Lokal-Anzeiger“ wird aus Amsterdam gemeldet: Obwohl der Rat des Völkerbundes noch keine Entscheidung über die Zulassung Deutschlands zur internationalen Finanzkonferenz ausgesprochen hat, bezweifelt die Londoner Finanzpresse nicht, daß eine Abordnung von deutschen Finanzfachverständigen Gelegentlichkeiten werden, die Lage Deutschlands darzulegen und Vorschläge zur Neubildung der deutschen Wirtschaft den Vertretern der alliierten Regierungen zu unterbreiten. Selbst der Finanzpolitiker der „Times“ findet es für recht und billig, wenn endlich auch die Stimme Deutschlands in der kritischen Valutafrage vernommen würde. Die „City-Blätter“, „Financial News“ und „Financial“ treten unbedingt für eine ausführliche Besprechung mit den Deutschen ein. Es wird sogar auf die Notwendigkeit hingewiesen, im Rahmen der Finanzkonferenz auch die Entschädigungsansprüche, die Deutschland aufbringen soll, annähernd festzustellen.

Prozeß Erzberger—Helfferich.

Berlin, 20. Febr.

Je länger der Prozeß dauert, um so stärker scheint das Interesse daran zu werden. Die Tribunen sind gefüllt wie nie zuvor. Auch die Zahl der Zeugen schwoll unheimlich an. Namen von Parlamentariern, Industriellen, Größen und Militärs schwirren durcheinander.

Von ihnen wird zunächst der Abg. Frhr. v. Nitzschosen vernommen. Der Vorsitzende bittet zuvor den Angeklagten alle Dinge, die nicht unter Beweis, d. h. nicht mit der Tatsache in Zusammenhang stehen, welche die Unterlage des Verfahrens bildet, außerhalb der Debatte zu lassen.

Rechtsanwalt Alsbach stellt eine Reihe neuer Beweisfragen, die dazum sollen, daß eine Reihe von Aussagen Erzbergers den Tatsachen nicht entsprechen. — Das Gericht behält sich die Beschlußfassung über diese Beweisfragen vor.

Abg. Frhr. v. Nitzschosen erklärt, wesentliches aus eigenem Wissen, nicht sagen zu können. Gemeinsame Geschäfte mit Erzberger erklärt der Zeuge nicht gemacht zu haben, auch habe er keine Wink von ihm erhalten, die er an andere Kräfte weitergab und die dann zu Spekulationen ausgenutzt worden seien. Helfferich richtet an den Zeugen die Frage, ob er nicht zusammen mit Erzberger eine Besprechung mit dem Reichsdeputierten v. Lepsius in während dessen Anwesenheit in Berlin gehabt habe, bei der es sich um Geschäfte in der Ukraine handelte, für die der Abheide das Geld geben sollte, während Erzberger die nötige Einfuhrzulassung besorgen sollte. Zeuge Frhr. v. Nitzschosen verneint das. Als Zeuge tritt der Erzberger, ein Besprechung mit dem ihm seit langem bekannten Abheide von v. Lepsius habe stattgefunden und in ihr habe der Abheide das Verlangen geäußert, daß Deutschland ihm sein in Wien angelegtes Geld restlos solle.

Nächster Zeuge ist Kammerat Schöber, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Anhydrid-Fabrik A. G. Er hat Erzberger interessiert, weil er jemand haben wollte, der Einkauf besorge. Er glaubte es um so eher tun zu können, als in dieser Angelegenheit seiner Meinung nach nach das privatwirtschaftliche Interesse mit dem der Reichsverwaltung identisch gewesen wäre. Eine besondere Bevorzugung Erzbergers bei der Ausgabe der neuen Aktien der Gesellschaft bestreitet der Zeuge.

Direktor Seelig sagt aus, daß das Gesuch um die Genehmigung des Patentverkaufs nach Norwegen an das Reichsamt des Innern zu einer Zeit gerichtet wurde, als Helfferich Staatssekretär des Innern war. Die Feststellung ruft bei Erzberger ein Lächeln hervor. In der Antwort des Reichsamts des Innern hiess es, daß gegen den Verkauf des Patents keine Bedenken vorliegen.

Der Kommissar des Kriegsministeriums bei der Hofkassabildung, Mauritzus sagt aus, daß ihm eine ununterbrochene Einflußnahme Erzbergers für die Anhydridwerke nicht bekannt geworden sei. Die Zeugen General v. Oben und Oberst Götze vermögen ebenfalls nichts Wesentliches auszusagen.

Die Auslieferungsfrage.

Der Leipziger Prozeß.

Ministerpräsident Schiffer äußerte sich Pressevertretern über die Vorbereitungen des Leipziger Prozesses folgendermaßen:

Nach dem Gesetz vom 18. Dezember 1919 entstand das Reichsgericht über die Kriegsverbrechen. Eine organisatorische Umänderung des Reichsgerichts zu diesem Zweck wird nicht erforderlich sein, vielmehr werden die Verhandlungen vor einem Strafsenat des Reichsgerichts in der üblichen Besetzung von 7 Mitgliedern stattfinden. Es ist natürlich denkbar, daß die Zahl der zu verhandelnden Fälle so groß sein wird, daß sich eine Überlastung des Strafsenats ergibt. In diesem Falle wird es erforderlich sein, Hilfsrichter einzuberufen, jedoch nicht zur Bearbeitung der Kriegsverbrechenangelegenheiten, die von dem Reichsgerichtssenate selbst verurteilt werden sollen, sondern zu den anderen laufenden Prozessverfahren. Das Vorverfahren ist bereits im Gange, auch mit der Sammlung des Aktenmaterials ist begonnen worden. Deutsche Zeugen werden nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung vernommen werden. Die Vernehmung der sich im Ausland befindlichen Zeugen wird, wenn diese nicht freiwillig nach Deutschland kommen, im Ausnahmefall erfolgen müssen, wobei den Beschuldigten Gelegenheit gegeben werden muß, die Rechte ihrer Verteidigung wahrzunehmen. Daß sich deutsche Untersuchungsrichter zur Vernehmung von Zeugen im Ausland begeben werden, ist möglich; darüber läßt sich jetzt noch nichts Bestimmtes sagen. Die Kosten des Verfahrens hat gemäß dem allgemeinen Grundsatz im Falle der Verurteilung der Verurteilten, im Falle der Freisprechung das Reich zu tragen. Falls Anwaltskosten

der Vorzug der dem Verhafteten nicht Folge leisten sollten, so wird ihre Verhaftung zu erfolgen haben. Nach der Dauer des Verfahrens lässt sich nichts Einseitiges sagen. Wenn von vornherein ersichtlich ist, dass eine strafbare Handlung überhaupt nicht in Frage kommen kann, oder dass es an jedem Beweis fehlt, wird das Verfahren so schnell als möglich eingestellt werden. Willkürlich wird sich das Verfahren sehr lange hinausziehen, besonders in dem Falle, wo Beweisaufnahmen im Ausland stattfinden müssen oder die Zeugen sehr schwer auffindbar sind. Die deutschen Behörden werden ebenfalls alles tun, um, wie wir gewohnt sind, das Verfahren nach Möglichkeit zu beschleunigen. Grundsätzlich wird das Verfahren gegen jeden Beschuldigten durchgeführt. Zum Schlusse betonte der Minister sehr energisch, dass die deutsche Regierung es als eine Ehrensache ansehe, die bekannten Schuldigen zu bestrafen. Kein Unschuldiger werde verurteilt werden dürfen, aber auch kein Schuldiger ohne Strafe bleiben.

Der Minister erwähnte noch, gewissermaßen als Illustration seiner Entschlossenheit alle Kriegsverbrecher zu bestrafen, dass er vor einigen Tagen in einem französischen Blatt einen Artikel gelesen habe, in welchem ein Deutscher eines Verstoßes beschuldigt wurde. Er habe diesen Artikel gleich dem Oberreichsanwalt übergeben, um den Tatbestand aufzuklären und gegebenenfalls das Verfahren zu eröffnen.

Vor dem Waffenstillstand.

Nach dem Ansehender „Telegraph“ hat das „Echo de Paris“ eine Schilderung der Sitzung veröffentlicht, in der die Regierungen der Alliierten beschlossen, die 14 Punkte Wilsons als Grundlage für die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit Deutschland anzunehmen. „Echo de Paris“ hat stets in sehr engen Beziehungen zu den französischen Regierungskreisen und besonders zu Clemenceau gestanden. Seine Darstellung lautet:

Es war am 3. November 1918 im Arbeitszimmer Wilsons im Auswärtigen Amt in Paris, dass die Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens und Oberst House, der Delegierte Wilsons, Marschall Foch und seinen Mitarbeitern, den Mitgliedern der internationalen militärischen Kommission und den Vertretern der verschiedenen Marinekommande die militärischen Bedingungen eines etwaigen Waffenstillstandes festlegte. Seit diesem die drei Regierungschefs zum Schluss noch einmal mit Oberst House.

Lord George wandte sich an Oberst House mit den Worten: „Wenn wir die Gedanken des Präsidenten Wilson richtig verstanden haben, sind die Waffenstillstandsbedingungen von der Annahme der Grundzüge und Bedingungen für den Frieden seitens der alliierten Mächte abhängig, welche der Präsident der Vereinigten Staaten am 3. Januar und später noch wiederholt ausgedrückt hat.“

Oberst House antwortete, dass dies tatsächlich der Fall sei.

Clemenceau stieß den Stuhl aus: „Ich lese 14 Punkte! Ich habe sie noch nicht gelesen, wir wollen doch erst einmal Kenntnis davon nehmen!“

Die 14 Punkte werden verlesen und als dies geschah, wandte sich Clemenceau plötzlich an Oberst House: „Wenn wir die 14 Punkte verwerfen, was geschieht dann?“

Dann würde der Präsident die Verhandlungen, die er mit den Alliierten über den Waffenstillstand angestrengt hat, als beendet betrachten.“

Würde er die Bedingungen, welche er Anfang Oktober mit den Deutschen begonnen hat, gleichfalls als beendet betrachten?“ fragte Clemenceau weiter.

„Ich kann das nicht garantieren“, war die Antwort House.

Das ist der entscheidende Augenblick. Clemenceau spricht das stieliche „angenommen“ aus, aber Lord George fügt diesem schnellen Entschluss sofort hinzu: „Wir machen Vorbehalte hinsichtlich der Freiheit der Meere und der Entschädigung.“

Auf diese Darstellung des „Echo de Paris“ hin entfährt selbst dem „Vorwärts“ das Bekenntnis:

„Jetzt sehen wir, dass die Dinge doch nicht so einfach lagen, da die Gefahr für die Alliierten bestand, dass Amerikas Willensherrschaft mitten in der Schlacht den Kampf einstellen würden.“

Allelei Nachrichten.

Seimkehr.

Von den aus Japan heimkehrenden Transporten sind der Dampfer „Asahi Maru“ mit der Mehrzahl der Gefangenen aus den Lagern Bando und Nagoya. Transportführer Konrad Rühl vom 25. Februar ab, der Dampfer „Simalaya Maru“ mit der Mehrzahl der Gefangenen aus Kurume und dem Rest aus Nagoya, Transportführer Kapitän von Voethke, vom 28. Febr. ab in Wilhelmshaven zu erwarten.

3000 Personen umgekommen.

Nachrichten aus Konstantinopel besagen, dass trotz der heftigen Schneestürme die Räumung Obessa weitergeht. Ein Dampfer mit 2000 Flüchtlingen, darunter vielen Engländern an Bord, wurde vom Schleppboot gerissen und strandete am Eingang des Bosporus. Wahrscheinlich ist die ganze Besatzung umgekommen. Ein Dampfer mit über 1000 Flüchtlingen mit etwa 1000 Flüchtlingen an Bord meldete drastisch, auf eine Mine geraten und im Sinken begriffen zu sein. Da nichts mehr von dem Schiff vernommen wurde, glaubt man, dass auch dieser Dampfer mit allen Insassen untergegangen sein wird.

Kerensti.

Der Londoner „Daily Herald“ meldet zu den Gerüchten von der Gefangennahme Kerenstis im Kaukasus, Kerensti Freund Dr. Grabinste habe mitgeteilt, dass Kerensti sich in England befindet, wo er den ganzen Winter zugebracht habe.

Von Nah und Fern.

Nassau, 23. Febr. Wir machen noch einmal auf den heute Montag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, in der evangelischen Kirche stattfindenden Vortrag des Herrn Missionsinspektors Knott vom allgemeinen Evangelisch-Prottestantischen Missions-Verein aufmerksam. Herr Missionsinspektor Knott wird ein Bild geben von den glänzenden Aussichten in der

deutsch-evangelischen Missionsarbeit in Ostasien. Zum Beginn der Veranstaltung wird ein Zeichen mit der Botschaft gegeben.

Nassau, 23. Februar. Am kommenden Samstag (28. Februar) abends wird der hiesige Gewerbeverein im Hotel-Müller (III) nach langer Ruhezeit wieder mit seinen Vorträgen beginnen. Zu diesem Abend ist der bekannte nassauische Dialektiker Herr Lehrer Rudolf Dieh aus Wiesbaden gewonnen worden. Die Werke desselben sind über die Grenzen Nassaus weit bekannt und erfreuen sich großer Beliebtheit. Da es an diesem Abend viel zu laden gibt, steht außer Zweifel und wünschen wir dem Vortragenden sowie dem veranstaltenden Verein ein volles Haus. Wer in dieser so zersetzten Zeit seine Sorgen einmal vergessen möchte, veräume nicht, diese Veranstaltung zu besuchen.

Nassau, 22. Februar. Die bei Mitglied Herrn Paulus am 7. Februar abgehaltene Generalversammlung des „M.-G.-B. Viederkranz“ hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe mit einem kurzen Rückblick auf das vergangene Vereinsjahr. Der Schriftführer erstattete hierauf den Jahres- und der Rechnungsführer den Kassenbericht. Beiden Herren wurde für ihre Mithewaltung seitens des Vorsitzenden der Dank des Vereins ausgesprochen. Die Neuwahl ergab fast die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, zwei Mitglieder wurden neu gewählt. Der Verein zählt zur Zeit 5 Ehrenmitglieder, 102 inaktiven Mitglieder und 47 aktive Sänger. Nach einigen Anregungen seitens der Mitglieder wurde der geschäftliche Teil geschlossen, mit dem Wunsch, dass der Verein auch weiter blühen und gedeihen möge.

Fastenzzeit. Die Tage von Aschermittwoch bis Ostern bilden die Fastenzeit, in der, wenigstens in vorwiegend katholischen Ländern, der Genuss des Fleisches stark eingeschränkt oder gar völlig aufgehoben ist. Wie bei so vielen Gebräuchen, die sich im Ritus unserer Religion aus früheren Zeiten her erhalten haben, ist der eigentliche grundsätzliche Zweck und Sinn der Fastenzeit während der jahrhundertlangem Ueberlieferung fast völlig verloren gegangen. Heutzutage meint man dem Fasten eine ausschließlich kirchliche Bedeutung bei. Damals, als die Fastenzeit eingeführt wurde, entsprang sie dagegen mehr gesundheitlichen Rücksichtnahme für das Volksganze. Man war zu der Einsicht gelangt, dass nach der langanhaltenden Winterszeit und der durch sie bedingten vorwiegend tierischen Ernährung eine zeitweilige Fleischenthaltung während der herausziehenden Frühlingsmonate ein körperliches Erfordernis sei, um die völlige geistige und körperliche Spannkraft und Frische wieder zu gewinnen, die während der Wintermonate noch heutzutage durch das ewige Stubenhocken meistens verloren zu gehen pflegt. Soweit war die Idee des Fastens ursprünglich nicht anderes, als die Durchführung einer sogenannten „Frühlingskur“, wie sie auch heute noch von Nichtkatholiken aus Gesundheitsrücksichten unternommen wird. Um dieser für die Volksgesundheit so empfehlenswerten Maßnahmen zu möglichst weitgehender Verbreitung zu verhelfen, wählte man den Weg, sie mit den kirchlichen Religionsgebräuchen zu verquicken und zu einem Teile der letzteren zu machen. Die Erfahrung hat bewiesen, dass dieser Gedankengang der richtige war, denn noch heute werden in vorwiegend katholisch. Gegenden die Fastenzeiten streng eingehalten, ohne dass man sich des eigentlichen und ursprünglichen Beweggrundes für ihre damalige Einführung noch im geringsten bewußt wäre.

Der Schalttag, der 29. Februar, ist wieder herangekommen. Er wurde, wie bekannt, zu Zeiten des Papstes Gregor gegen Ende des 16. Jahrhunderts in den Kalender eingeschaltet, um letzteren astronomischen Erscheinungen — Frühlings- und Herbstanfang, d. h. Tag- und Nachtgleiche — wieder in Einklang zu bringen. Der gregorianische Kalender der unterseidet sich dadurch bekanntlich von dem früheren, noch jetzt in Rußland gültigen sog. julianischen Kalender. Letzterer ist wegen des Fehlens dieser Schalttage stets um etwa 14 Tage hinter uns zurück. — In der Geschichte des eben zu Ende gegangenen Weltkrieges bedeutet der 29. Februar die Erinnerung an den an diesem Tage 1918 eingetretenen verschärften U-Bootkrieg. Welche Hoffnung haben wir damals auf diese unsere Spezialwaffe gesetzt. Sie haben uns getäuscht wie alle die anderen Hoffnungen, mit denen man unser Volk alle diese vier Kriegsjahre so reichlich gespeist. Doch genug davon, denn Gedächtnis läßt sich nicht ändern. Und damit andererseits auch der Humor zu seinem Rechte kommt, wollen wir zum Schlusse dieser Zeilen auch jener Mitbürger gedenken, die so unvorsichtig bzw. so bescheiden waren, an einem 29. Februar das Licht der Welt zu erblicken. Sie haben infolgedessen alle 4 Jahre nur einmal Geburtstag. Welche Konsequenzen eröffnen sich da! Wenn andere 50 Jahre sind und graue Haare tragen, sind sie erst 12½, und laufen noch in kurzen Hosen herum (denn bei jedem Geburtstag wird man doch bekanntlich ein Jahr älter!) Sie heiraten meist schon nach ihrem 6. oder 7. Geburtstag, und kriegen sie dann von der strengen Gattin zum Geburtstag eine Riste Zigarren geschenkt, so muß diese bis zum nächsten Geburtstag, d. h. vier Jahre lang, reichen! Volljährig werden sie meistens überhaupt nicht, denn dieser Fall tritt bekanntlich erst zur Feier des 21. Geburtstages ein. Na, und so weiter. Wenn es Spaß macht, der möge sich selbst noch eine weitere Reihe ähnlicher Absonderlichkeiten ausdenken.

Bekanntmachung.

Die Quartiergelder für Monat Januar 1920 werden Mittwoch den 25. ds. Mts. vormittags, von 8—12½ Uhr, bei der unterzeichneten Kasse, an die Empfangsberechtigten ausbezahlt. Gleichzeitig ergeht hierdurch an alle Quartiergeber, welche von Anfang der Besatzung an, also im Dezember 1918, Januar, Februar, März 1919, Quartiere abgegeben haben, die Bitte, die Quartierzettel hierfür unverzüglich bei der unterfertigten Stelle abzuliefern. Wer noch Zettel im Besitz hat und solche trotz dieser wiederholten Aufforderung nicht abgibt, kann später, unter keinen Umständen, Ansprüche auf irgend welche Vergütung darauf machen.

Nassau, den 28. Februar 1920.

Die Stadtkasse.

Gewerbeverein Nassau.

Der Buchführungskursus fällt einige Abende aus. Der Wiederbeginn der Abende wird näher bekannt gegeben.

Der Vorstand.

Alle Sorten

Gewürzwaren.

in den besterprobten Sorten, sowie kleine Steckwürfel empfiehlt

N. Hermes.

Nachrichten des Wirtschaftsamt der Stadt Nassau.

Reis und Hafermehl.

In den Geschäften von Johann Egenolf, Ww. Lorch und Auguste Bach werden bis einschließlich Samstag dieser Woche auf Abschnitt 18 der Lebensmittelkarte 125 Gramm Reis und 125 Gramm Hafermehl ausgegeben. Preis des Reises 3,20 M des Hafermehls 1,72 M pro Pfund.

Rindfleisch.

Dienstag, den 24. Februar, morgens 9 Uhr an, wird im Freibanklokal gegen Fleischkarten Rindfleisch verkauft. Preis 4 M pro Pfund.

Margarine.

Auf Abschnitt 2 der Fettkarte wird von Dienstag, den 24. Februar bis einschl. Freitag, den 27. Februar in den Geschäften N. Trombeta, Joh. Egenolf, Köhler Konsum, N. Strauß Ww., Frau Auguste Bach und Konsumverein (Haus J. W. Ruhn) ½ Pfund Margarine zum Preise von 2,65 M ausgegeben.

Benzol.

Bestellungen auf Benzol für gewerblich u. landwirtschaftlichen Verbrauch für den Monat April werden bis 28. Februar auf dem Bürgermeisteramt entgegengenommen.

Für die vielen Beweise wohlthuerender Teilnahme an dem schweren Verluste, den wir erlitten haben, danke ich — auch im Namen meiner Frau — auf diesem Wege herzlich.

Lic. Grefenius, Pfarrer.

Nassau, den 20. Februar 1920.

Bereinigte Volks- u. Realschule.

Die Aufnahme der neu eintretenden Schüler erfolgt Montag, den 12. April. Schulpflichtig sind diejenigen Kinder, welche bis zum 31. März d. J. das sechste Lebensjahr vollendet haben oder vollenden. Außerdem können die Kinder aufgenommen werden, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September d. J. das sechste Lebensjahr vollenden wenn sie körperlich und geistig genügend entwickelt sind. Die Kinder bringen den Impfschein und auswärts geborene auch den Geburtschein mit.

Die Aufnahme in die Realschule findet an demselben Tage um 10 Uhr vormittags statt. Anmeldungen für die Realschule nimmt der Unterzeichnete jederzeit mündlich oder schriftlich entgegen.

Der Rektor: G. A. L.

Gewerbe-Verein.

Samstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr im Hotel III

Vortrags-Abend.

Herr Rudolf Dieh, Vortrag aus eigenen Dichtungen. Eintritt für Mitglieder des Gewerbevereins und deren Angehörige frei. Tageskarten für Nichtmitglieder zum Preise von 2. — M pro Person sind am Saaleingang erhältlich.

Der Vorstand.

Betr. Ankauf von Altmaterial, Messing, Blei, Kupfer, Rotguss, Zink u. Staniol

muß ich darauf aufmerksam machen, daß die Verkäufer den Nachweis erbringen müssen, wo die Ware herkommt. Es kommen in letzter Zeit derartige Diebstähle vor, daß das Einkaufsbuch für Altmaterialien auf das schärfste kontrolliert wird. Jeder Verkäufer wird mit Vor- und Zunamen in das Althändlerbuch eingetragen, damit man sehen kann, wer die Sachen gebracht hat. Von Personen unter 20 Jahren wird Altmaterial nicht mehr angenommen.

Albert Rosenthal, Nassau,
Julius Israel, Nassau.

Gesehen und genehmigt.

Nassau, den 21. Februar 1920.

Die Polizeiverwaltung: J. B. Unverzagt.

Gottesdienstordnung

Montag, den 23. Febr., abends 8 Uhr: Vortrag des Herrn Missionsinspektors Knott beim Allgemeinen Evang.-Prot. Missionsverein. Thema: Glänzende Aussichten in der deutsch-evang. Missionsarbeit in Ostasien!

Bereinsnachrichten.

Stenographen-Verein „Gabelberger“. Montag abd.: Fortbildungskurs fällt aus. Mittwoch abends 8 Uhr: Fortbildungskurs und Übungsstunde. (Leiter: E. Moser.)

Kaninchen- u. Geflügel-Zuchtverein Nassau. Dienstag abends 7½ Uhr bei Gastwirt Noack: Wegen nicht. Tagesordnung wird am pünktl. und vollzähl. Erscheinen ersucht.

Saal, Laden,

sonstiger Raum oder Bauplatz zwecks Eröffnung eines Kinosaters in Nassau gesucht. Hausauf nicht ausgeschlossen. Off. an N. A. Höfer, Limburg (Wahn), Postfach 35. (Hansfilmgesellschaft, Düsseldorf.)

Decken

wieder eingetroffen

M. Goldschmidt.

Ein gut erhaltenes Zauchefah

mit Verteiler für Zweispänner-Wagen zu verkaufen.

Ernst Möhrle, Bergnassau.

Mohrentabak

eingetroffen im Zigarrengeschäft

Rud. Degenhardt, Nassau.

Mauerstraße 5.

Scheidemanns Schloßmöbel.

Cassel, 19. Febr.

Der neue Oberbürgermeister von Cassel, der frühere Ministerpräsident Scheidemann, hat Möbelformen und einige eifrige „Unterthanen“ seines neuen Casseler Königreichs waren deshalb bemüht, ihm aus den Händen des historischen Schlosses Wilhelmshöhe eine Einrichtung für eine 6 Zimmer-Wohnung zusammenzustellen. Die Casseler Presse war hinter diese anscheinend etwas heimlich betriebenen Bemühungen gekommen und ein heiterer Zufall wollte es, daß das hiesige mehrheitssozialistische Organ, dessen Chefredakteur Philipp Scheidemann in früheren Zeiten einmal gewesen ist, da der Vermutung kam, die Krone wüßte wertvolle Stücke der ehemaligen kaiserlichen Schloßeinrichtung rechtswidrig ausgehändigt zu bekommen. Bei den Auseinandersetzungen darüber stellte es sich nunmehr heraus, daß nicht von Wilhelm 2., wohl aber von dem neuen Oberbürgermeister Cassels Einrichtungsgesegensstände der Schloßherren zu seinem persönlichen Gebrauche zwecks Ausstattung seiner hiesigen Wohnung angefordert worden sind. Allerdings handelt es sich um Möbelstücke, die keinerlei Kunst- oder Kulturwert besitzen. Diese Tatsache ist dadurch der allgemeinen Erörterung unterbreitet worden, daß ein hiesiger Deputierter der Staatsregierung mit seinen diesbezüglichen Bedenken gewissermaßen in die Öffentlichkeit gedrückt ist, indem er in einer Besprechung mit Pressevertretern die Angelegenheit näher berührte. Danach wurde auf Beschluß der städtischen Körperschaften s. Z. mit dem Hofmarschallamt, bezug dem Finanzminister wegen Ankaufs der im Marzialgebäude Wilhelmshöhe befindlichen Gebrauchsmöbel verhandelt. Die Verhandlungen fanden durch den Ankauf von ca. 60 Zimmern ihren Abschluß. Für die Einrichtung der Wohnung des neuen Oberbürgermeisters Scheidemann, der bisher mit seinen nächsten Verwandten in Berlin-Friedenau wohnte, versuchte Bürgermeister Brunner und die Stadträte Reine und Saunter vom Finanzminister den Verkauf von 6 Zimmereinrichtungen ohne historischen und künstlerischen Wert aus den Neben- und Diensträumen von Wilhelmshöhe oder dem hiesigen Schloß zu erwirken. Der Finanzminister beauftragte einen Vertreter mit den notwendigen Verhandlungen. Die Einzelheiten über die Verkaufsbedingungen stehen noch aus. Bei den Verhandlungen wurde darauf hingewirkt, daß weitere Zimmereinrichtungen derselben Art, die heute laziert stehen, nicht durch private Verkäufe, sondern durch die Stadt anzulassen seien. Was den Zustand der Möbel in Wilhelmshöhe betrifft, so darf gesagt werden, daß der Oberpräsident vor einem Vierteljahr wohl geneigt war, die Aufnahme von Flüchtlingsfamilien unter gewissen Bedingungen zu genehmigen, und daß seine Meinung damals dahin ging, daß bei der heutigen Möbelnot dem Verkauf dieser Möbel zum Niede des Brennens der einzelnen Räume nichts im Wege stünde. Der Ankauf der Zimmer für Oberbürgermeister Scheidemann war nie durch städtische Mittel gedacht. Eine leihweise Ueberlassung solcher Zimmereinrichtungen ohne Dienstwohnung ist schwer durchführbar. Es wird von der hiesigen Presse darauf hingewiesen, daß inzwischen dem Kasseler von Schloß Wilhelmshöhe jede Herausgabe von Möbeln verboten ist, auch wenn es sich nicht um solche von künstlerischem oder historischem Werte handelt und daß somit der Besuch eines Herrn aus dem Berliner Finanzministerium in Cassel nur unangenehme Erfahrungen herausbeschwören würde. Danach scheint es, wie die „Hessische Post“ u. dem Zwischenfall bemerkt, daß der historisch, künstlerisch und kulturell wertvolle Besitz der Schloßherren vorläufig in keiner Weise gefährdet ist, wenigstens, wie wir vorhin schon bemerkt haben, nicht durch die Möbelkäufe der Stadt oder durch Maßnahmen, die von deutschen Regierungsteilen getroffen werden könnten. Zugunsten muß der Plan, auf diese Weise dem Herrn Oberbürgermeister Möbelstücke zu verschaffen, schon mit Rücksicht auf die Wirkung auf die Öffentlichkeit, die hierin eine ungerechtfertigte Bevorzugung eines Einzelnen erblicken muß, als wenig glücklich betrachtet werden.

Verhaltensregeln bei Grippe

Von Dr. med. Fr. Jos. Bruch und Dr. med. Fr. Arnheim.

Die Grippe ist eine Infektionskrankheit, bei der die Ansteckung meist dadurch erfolgt, daß die Krankheitserreger durch die Ausscheidungen der Atemwege beim Husten, Niesen und Sprechen in Form von kleinsten Tröpfchen verbreitet werden. Das Krankheitsbild tritt in mannigfacher Form auf. Entzündung der Luftwege, vom leichten Katarrh bis zur schwersten Lungen- und Rippenfellentzündung, Herzschwäche, Erkrankung der Verdauungsorgane, des Nervensystems, der Nieren usw. können dabei in den Vordergrund treten.

Da auch scheinbar leichte Formen, die nur als „Erkältung“ angesehen werden, oft in wenigen Tagen einen schweren, ja tödlichen Verlauf nehmen können, ist auch hierbei schon größte Vorsicht geboten!

Bei dem immer wieder beobachteten Auftreten von größeren und kleineren Grippe-Epidemien sind daher folgende Verhaltensregeln zu beobachten:

1. Auch bei anscheinend leichten „Erkältungen“ ist sofort das Bett zu hüten und die Temperatur zu messen.
2. Sorge für gründliches Schwitzen durch Trinken von heißem Tee, oder Lindenblüten-; einige Tabletten Acetylsalicylsäure, Ascorbin usw. (3 bis 6 pro Tag) sind dabei wertvolle Hilfsmittel.
3. Bei vorhandenem Fieber befrage sofort den Arzt, denn nur dieser allein kann im Entstehen begriffene Komplikationen feststellen und zweckmäßige Maßnahmen anordnen!
4. Verlasse nicht zu früh das Bett! Rückfall und Nachkrankheiten sind besonders gefährlich!
5. Da die Grippeerreger hauptsächlich durch die Mund- und Rachenhöhle eindringen, ist für deren gründliche Desinfektion zu sorgen. Besser als alle Gurgelwässer, die namentlich für Kinder unbrauchbar sind (oft sogar gefährlich), wirken dabei die Formamintabletten; denn während mit Gurgelwasser nur eine oberflächliche und daher unvollkommene Bepflanzung des Mundes und Rachens erreicht wird, dringt der Formamin-Spiegel in die kleinsten Falten und Faltchen der hinteren Partien des Rachens ein und bewirkt zugleich durch allmähliche Abspaltung des Formaldehyds eine sichere Desinfektion der gesamten Mund- und Rachenhöhle (halbstündlich bis stündlich eine Formamin-Tablette langsam im Munde zergehen lassen)!
6. Soweit um vorzubeugen, als auch bei der Rekonvaleszenz nach Grippe ist angesichts der Kalkarmut der jetzigen Kriegsernährung (Mangel an Milch, Eiern, Käse usw.)

der ständige Gebrauch auch der Kalk-Tabletten (3mal 2 Tabletten täglich) zur Anreicherung der Nahrung mit Kalk dringend zu empfehlen. Sie wirken außerordentlich günstig auf die Hebung des Appetits und des Ernährungszustandes ein.

7. Tue also Dein Möglichstes, um Dich vor Ansteckung zu schützen! Beachte dabei namentlich folgendes:

- a) Nimm überall da, wo eine Ansteckungsgefahr vorliegen könnte (Theater, Kinos, Fabriken, Büros, Elektrische, Eisen-, Hoch- und Untergrundbahn, Omnibusse usw. usw.) die angenehm schmeckenden Formamintabletten, welche nach dem heutigen Stande der Wissenschaft den besten Schutz gegen die Uebertragung der Seuche gewähren!
- b) Wasche Dir möglichst oft die Hände, unbedingt vor dem Essen und nach allen Vorrichtungen, bei denen Du die Hände beschmutzen könntest! Bringe sie niemals unnötigerweise in Berührung mit dem Munde!
- c) Ist nicht in einem Zimmer, in dem sich Grippekranken aufhalten.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank.

%		Geld	Brief
4	Nass. Landesbank	108, —	108, —
3 1/2	do.	91,50	91,50
3 1/2	do.	87,50	87,50
3	do.	79,50	79,50
4	Frankf. Hyp.-Bank	—	—
3 1/2	do.	—	—
4	Frankf. Hyp.-Creditverein	107, —	107, —
3 1/2	do.	—	—
5	Deutsche Reichsanleihe	77,75	77,75
4	do.	65, —	65,25
3 1/2	do.	60, —	60, —
3	do.	64,25	64,25
Devisen			
	Frankreich	69 1/2	69 1/2
	Holland	388	388 1/2
	Schweiz	162 1/2	162 1/2
	Schweden	183 1/2	183 1/2

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 26. Februar d. Js., vormittags 10 Uhr anfangend, kommen im hiesigen Stadtwald:

Distrikt 24a Saulsruhe:

- 140 Stück Eichenwellen,
- 279 rm Buchen-Rohholz,
- 137 rm Buchen-Scheit,
- 12 rm Buchen-Knüttel,
- 3520 Stk. Buchen-Wellen

zur Versteigerung. Zusammenkunft in der Kalkbachstraße um 9 Uhr. Holzhandler und auswärtige Steigerer werden zum Bieten nicht zugelassen.

Das vorbezeichnete Holz ist zur Abgabe an die hiesigen Einwohner gemäß Stadtverordneten-Beschluß vom 4. Februar 1920 bestimmt. Es kann dementsprechend am 26. Februar d. Js. nur bis zu 1 Klafter von einer Familie angestiegen werden. Weiteres Holz gemäß des Stadtverordnetenbeschlusses vom 4. d. Mts. kommt in den Distrikten 23b Kleeborn, 5a Silzbach, O.-Hähnchen demnächst zur Versteigerung. Die Wellen fallen nicht unter die Bestimmungen betr. verbilligte Abgabe.

Rassau, den 19. Februar 1920.

Der Magistrat:

J. B. Der Beigeordnete: Unverzagt.

Bekanntmachung.

Montag, den 1. März d. Js., vormittags 10 Uhr anfangend, kommen im Stadtwald Nassau:

a) Distrikt 23b Kleeborn:

- 11 rm Eichen-Scheit,
- 88 „ Buchen-Rohholz,
- 100 „ „ Scheit,
- 1680 Stk. „ „ Wellen;

b) Distrikt 27b Unteres Hähnchen:

- 1 rm Eichen-Knüttel,
- 50 „ Buchen-Rohholz,
- 2 „ „ Scheitholz,
- 2 „ „ Knüttelholz,
- 346 Stk. „ „ Wellen,
- 19 rm Nadelholz-Scheit,
- 20 „ „ Knüttel,
- 30 Stk. „ „ Wellen

zur Versteigerung. Zusammenkunft am Saatkamp. Holzhandler und auswärtige Steigerer werden zum Bieten nicht zugelassen.

Dieses Holz ist zur Abgabe an die Einwohner gemäß Stadtverordneten-Beschluß vom 4. Februar 1920 bestimmt. Es kann dementsprechend in dem Versteigerungstermin nur bis zu 1 Klafter von der Familie angestiegen werden. Das Wellenholz kommt frei zur Versteigerung.

Rassau, den 20. Februar 1920.

Der Magistrat:

Unverzagt, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Anfang März findet der diesjährige Gemarkungsbezug statt. Es ist vorgesehen den Distrikt Ehrlich vermessen und vermarken zu lassen. Auf Grund der vorjährigen Erfahrungen ist jedoch beabsichtigt nur diejenigen Grundstücke neu vermessen und vermarken zu lassen, deren Besitzer dies ausdrücklich beantragen. Die in Frage kommenden Grundbesitzer werden gebeten, bis spätestens zum 26. Februar, mittags 12 Uhr, ihre Wünsche auf dem Rathause, Zimmer 1, vorzubringen. Die Stadt gibt Basaltsteine zum Selbstkostenpreise ab. Der Bedarf ist dabei gleichzeitig anzumelden.

Rassau, den 19. Februar 1920.

Der Bürgermeister:

J. B. Unverzagt, Beigeordneter

Öffentliche Mahnung.

An die Zahlung der Staats- und Gemeindesteuer für das 4. Vierteljahr 1919 sowie des Zuschlages zur Ergänzungssteuer wird mit Frist bis zum 25. ds. Mts. erinnert. Diese öffentliche Mahnung tritt an Stelle der Mahnzettel.

Rassau, den 19. Februar 1920.

Stadtkasse.

Deutscher Schäferhund,

reintassig, mannstark, unbestechlich, sofort zu kaufen gesucht. Meldungen Nassauer-Hof (Scheuer.)

Holzversteigerung.

Donnerstag, den 26. Februar 1920, vormittags 11 1/2 Uhr

anfangend, werden im Singhofer Gemeindewald in verschiedenen Distrikten

38 Eichenstämme von 64,18 Festmeter, darunter Stämme von 80 Jtm. und mehr Durchmesser; Höchstfestgehalt von einem Stamme 4,77 Festmeter,

130 Fichtenstämme von 45 Festmeter 60 Stangen 1. und 2. Klasse

öffentlich meistbietend an Ort und Stelle versteigert.

Das Holz liegt auf guter Abfahrt.

Zusammenkunft um 11 Uhr vormittags am Bürgermeisterei.

Singhofen, den 16. Februar 1920.

Der Bürgermeister: Winter.

Holzversteigerung.

Am Mittwoch, den 25. Februar 1920, nachmittags 2 Uhr,

werden im Gräflichen Forstort Erbsenberg und Hagerberg versteigert:

90 im Buchen-Reiserknüttel, 5800 Stk. Buchen-Wellen.

Anfang im Hagerberg.

Rassau, den 18. Februar 1920.

Gräflich von der Groeben'sche Rentei.

Holzversteigerung.

Am Dienstag, den 24. Februar 1920, nachmittags 2 Uhr

werden im Gräflichen Forstort Rehrersfeld und Neuberg versteigert:

4000 fichten Bohnenstangen und Rebpfähle.

Anfang oben am Rehrersfeld.

Rassau, den 18. Februar 1920.

Gräflich von der Groeben'sche Rentei.

Verschönerungs- und Verkehrsverein

(Lauusklub) Nassau.

Der Vorstand des Verschönerungs- und Verkehrsvereins Nassau spricht allen, die sich infolge der ergangenen Einladung zur Annahme der Mitgliedschaft bereit gefunden haben, seinen besten Dank aus.

Aus den so zahlreichen Beitritten und der anerkennenswerten Bereitwilligkeit zur Unterstützung des Vereins ersieht der Vorstand mit großer Genugtuung, daß die Bestrebungen des Vereins in der Bevölkerung richtig gewürdigt werden.

Etwa beim Vorsprechen des Beauftragten noch nicht ausgefüllte Beitrittskarten wolle man bitte noch nachträglich an den Vorstand senden, auch genügt jede Beitrittsmeldung in anderer Form.

Wünsche und Anregungen nimmt der Vorstand jederzeit gern entgegen, um sie wohlwollend zu beraten und nach Möglichkeit zu verwirklichen. Sie erfolgen am besten schriftlich, wenn auch in einfachster Form auf einem Zettel, damit sie nicht vergessen werden können. Der Vorstand.

Bereinigte Volks- u. Realschule.

Die zweite Elternversammlung findet Sonntag, den 29. Febr., nachmittags 4 Uhr im Zeichenaal der Schule statt.

Tagesordnung:

Satzungen u. Wahlordnung für die Elternbeiräte.

Wahl des Wahlvorstandes.

Der Rektor: G. u. I.

Nach Coblenz
bringen Sie Ihre
Maulwurfsfelle
wenn Sie den höchsten Preis erzielen wollen.
Bei größeren Mengen Fahrtvergütung.
Kombert, Coblenz Tel. 1675.
3 Minuten v. Hbf. Schenkendorfpl.

Gummiwaren
Mutterpritzon, Frauentropfen, sanitäre Frauenartikel.
Anfragen erbeten an
Versandhaus Heusinger,
Dresden 712 :: Am See 37
Für meinen kleinen Haushalt (4 Personen) suche ich ein
brav. Dienstmädchen
zum sof. Eintritt.
Jac. Einscheid, Köln,
Altburger Wall 31.

Sterne lügen nicht!
Auf Grund astrologischer Berechnungen erhalten Sie Auskunft über
Zukunft u. Schicksal
Glück und Unglück gegen Einsendung Ihres Geburtsdatums, sowie genaue Charakter-Beschreibung. Send. Sie 50 Pfg. i. Marken u. Ihre genaue Adresse und Sie erhalten eine wichtige Mitteilung. Dankschreiben aus allen Kreisen.
Sr. Wiggall, Chemnitz Hauptzollamt.

Größere Menge
Zeitungs-Makulatur
gibt ab
Buchdruckerei H. Müller.

Schokolade
wieder eingetroffen.
Aug. Hermant, Nassau,
Bäck., Konditorei, Café.